

QUEERZEIT

DIE ZEITSCHRIFT DES LSVD SACHSEN-ANHALT

HERBST 2019

QUEERZEIT SPEZIAL

RECHTS- POPULISMUS

AUF DEN SEITEN 03 BIS 19

Nachruf

MANFRED BRUNS

SEITE 20

Editorial:	
Nächste Ausfahrt Rechts	
Welche Gefahren und Folgen haben rechte Einstellungen für die LSBTI*-Community?	03
Verlorene Mitte:	
Immer mehr junge Menschen tendieren zum Rechtspopulismus	10
Polen, Frankreich, Deutschland	
Rechtspopulismus und religiöser Fundamentalismus als Gefahr für Vielfalt und Akzeptanz in Europa	14
Nachruf auf Manfred Bruns	20
Queere Charaktere – Euphoria	22
Rückblick: Der CSD 2019 in Magdeburg	24
Positionspapier	
Lesbisch*e Bedarfe mitdenken und Solidarität leben	28
Rückblick:Fachtag Regenbogenkompetenz	30
Weekly (Juli - Oktober 2019)	32
Queerfilmnacht – November	36
Terminübersicht	38



NÄCHSTE AUSFAHR RECHTS

Welche Gefahren und Folgen haben rechte Einstellungen für die LSBTI*-Community?

Spätestens seit den schrecklichen Ereignissen von Halle am 09.10.2019, bei denen ein bekennender Antisemit und Frauenfeind mit teils selbstgebauten Schusswaffen eine Synagoge stürmen wollte, was misslang, und anschließend wahllos 2 Passanten tötete, müssen alle humanistisch orientierten Menschen die Schlussfolgerung entwickeln, dass rechtes Gedankengut nur Misere und Katastrophe mit sich bringen kann. Zwar hat sich in diesem Zusammenhang auch und gerade die AfD um öffentliche Abgrenzung bemüht,

dabei ist doch in den vergangenen 6 Jahren ihres Bestehens mehr als deutlich geworden, dass es diese Partei selbst ist, die mit dem Schüren ihrer völkisch-nationalistischen Hetze diejenigen Menschen aufstachelt, die sich durch nicht greifbare, im wesentliche ausgedachte Bedrohungen in ihrem Alltag eingeschränkt wähen.

Die hasserfüllte Tat von Halle wird von weiten Teilen der Öffentlichkeit zurecht aufs schärfste verurteilt und man ist sich einig, dass es im Geltungsbereich des Grundge-



PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND.

Das Grundsatzprogramm der **Alternative für Deutschland**.



setzes der Bundesrepublik Deutschland solche terroristischen Akte nicht geben darf. Aber diese Tat ist nur die zynische Spitze eines Eisberges reaktionärer und wahnwitziger Gesinnung, der sehr viel tiefer in die scheinbare „Mitte“ der Gesellschaft hineinreicht und aus dieser Gruppe vielleicht bald wieder neue Täter*innen rekrutiert. Der folgende Beitrag soll sich also mit dem politischen Nährboden dieser terroristischen Verbrechensbereitschaft beschäftigen: der „Neuen Rechten“ und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD.

Die AfD als breit aufgestellte Wegbereiterin extremistischer Denkweisen

Viele Male sind einzelne Mitglieder der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in der Vergangenheit durch antisemitische, rassistische, homo- und trans*feindliche und frauenverachtende Äußerungen aufgefallen. Einzelne (ehemalige) Mitglieder, so etwa Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Andre Poggenburg, scheuten sich nicht, gemeinsam mit organisierten Neonazis Demonstrationen zu besuchen und mit der islamfeindlichen PEGIDA-Bewegung zu sympathisieren.

Zwar kam bisweilen auch aus den eigenen Reihen der AfD daran Kritik, jedoch drängt sich vielmals die Vermutung auf, dass all diese Kritik lediglich Lippenbekenntnisse einer Partei sind, die sich auf dem Weg zur Macht mit Vorsicht an die Spitze bewegen will.

Entlarven lassen sich diese Lippenbekenntnisse etwa bei der Analyse verschiedener Parteiprogramme der AfD. Die grundlegenden Thesen der Partei zu familien- und geschlechterpolitischen Positionen beispielsweise bergen in sich das Potential, Feminismus, Trans*geschlechtlichkeit und Homosexualität als Bedrohung anzusehen (Der Täter von Halle etwa bezeichnete den Feminismus als Grund für niedrige Geburtenraten im Westen, die zu Massenimmigration führten). Von der empfundenen Bedrohung bis hin zur gewalttätigen Ausschreitung gegen das vermeintliche Übel ist es in den heutigen Zeiten scheinbar nur ein kurzer Weg. Befeuert durch die sozialen Medien lässt sich jedes noch so kleine Vorurteil in Windeseile zu „etwas ganz Großem und Gefährlichem“ aufbauschen. Wohin eine solche Hysterie führen kann, mussten wir nun schon viel zu oft mit ansehen.

Eingegangen werden soll hier auf 2 wesentliche Wahlprogramme der AfD: Auf das Grundsatzprogramm von 2016 und das Bundestagswahlprogramm von 2017. Diese beiden Programme sind von der Partei für den nationalen Wahlkampf ausgearbeitet worden und geben einen Ausblick auf das, was wir im Falle einer AfD-geführten Regierung als LSBTI* zu erwarten haben.

Der Antifeminismus der AfD kann hier als Einfallstor gegen Diversität gesehen werden, er vereint jedoch sehr viel drastischere und frauenfeindliche Positionen. Über den Umweg der Diffamierung des Feminismus öffnet die AfD in ihrem Grundsatzprogramm Tür und Tor für Hetze gegen weitreichende Geschlechterverständnisse und individuelle Lebensentwürfe, unter die sie LSBTI* subsumiert.

Einige Beispiele aus dem AfD-Grundsatzprogramm:

Bereits im Kapitel 6.1 des Grundsatzprogramms wird die „traditionelle Familie“ (also Vater, Mutter und Kind) als Leitbild der Familienpolitik der AfD definiert. Das aus den feministischen Bewegungen der 60er und 70er Jahre stammende „Gender Mainstreaming“ sorgt im Glauben der AfD für eine „Stigmatisierung“ der traditionellen Geschlechterrollen und somit für eine geringere Wertschätzung derselben. Indem die AfD in diesem Zusammenhang noch zusätzlich „die generelle Betonung der Individualität“ beklagt, wird schnell klar, was in den Augen dieser Gruppierung der Wert der Frau ist: Nicht individuell, sondern gleichgeschaltet soll sie sein, freie Entscheidung über ihren Körper braucht sie nicht, sondern Kinder soll sie kriegen. Alle Frauen, die sich davon emanzipieren wollen, sind im Umkehrschluss also Opfer eines falsch verstandenen Feminismus.

Aber was ist überhaupt dieses „Gender Mainstreaming“? Ist das wirklich so schlimm? Dazu schreibt die Universität Duisburg-Essen:

„Gender Mainstreaming ist eine langfristige Strategie zur Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern. Gender Mainstreaming bedeutet, in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen von vornherein Gleichstellungsaspekte zu beachten und für deren Umsetzung Verantwortung zu übernehmen.“¹

Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in allen Belangen des täglichen Lebens ist ein wissenschaftlich vielfach nachgewiesener Fakt. Die Bundesregierung trägt durch das Programm des „Gender Mainstreaming“ dieser Erkenntnis Rechnung und hat somit eine Maßnahme implementiert, die genau diese nachgewiesene Ungleichbehandlung zum Vorteil der bislang benachteiligten Frauen bekämpfen soll. Ist das also etwas Schlechtes?

Eine Gruppe Rechter und Reaktionärer ließ am 12.01.2017 bei einem Vortrag der AfD-nahen Hochschulgruppe „Campus Alternative Magdeburg“ erkennen, wie weit sie für die Gleichberechtigung von Frauen eintreten will: Die Veranstaltung sollte zum Thema „Gender“ am Fachbereich Humanwissenschaften (FHW) der Otto-von-Guericke-Universität (OvGU) Magdeburg durchgeführt werden, als Redner wurde der emeritierte Neurobiologe Dr. Gerald Wolf eingeladen, Gastredner war damalige AfD-Landeschef André Poggenburg. Bereits im Vorfeld war Kritik an der Veranstaltung laut geworden, die ursprünglich unter dem reißerischen Titel „Gender-

wahn an der Uni“ sowie mit ausschließlich AfD-eigenem Sicherheitsdienst durchgeführt werden sollte. Das Rektorat bestand jedoch darauf, den Titel zu ändern sowie den Sicherheitsdienst der Uni einzusetzen.

Der Untertitel der Facebook-Veranstaltung war indessen eindeutig: „Gendermainstreaming, der gesellige Zeitvertreib für Leute ohne Probleme. Nur heute!“ und ließ keinen Zweifel daran, was die AfD-nahe Gruppe mit dieser Veranstaltung bewirken wollte: Nämlich die Verunglimpfung einer diskriminierungsfreien Sprech-, Denk- und Handlungsweise, welche nach Auffassung der „Campus Alternative Magdeburg“ und der AfD einen Angriff auf die gesetzlich privilegierte und zur gesellschaftlichen Norm erhobene Zweigeschlechtlichkeit darstellt.

Unter dieser gesetzlich privilegierten und zur gesellschaftlichen Norm erhobenen Zweigeschlechtlichkeit jedoch haben LSBTI* bereits Jahrhunderte und Jahrtausende vorher gelitten, wurden verfolgt und ermordet. Seit 1994 ist nun endlich auch im deutschen Strafrecht der §175 abgeschafft. Sollte die AfD jemals in der Regierungsverantwortung sein, wie will sie uns LSBTI* garantieren, dass wir mit unserer Art zu Leben und zu lieben weiter durch den Staat geschützt werden? Auch und besonders vor dem Hintergrund ihrer völlig entgegengesetzten Argumentation? Es drängt sich die Befürchtung auf, dass in einem Regierungsprogramm der AfD dieser Schutz nicht vorgesehen sein wird.

¹ Universität Duisberg-Essen: Was ist Gender Mainstreaming?
https://www.uni-due.de/genderportal/mainstreaming_definition.shtml (20.10.2019)

Konkreter wird man dann im **Kapitel 8.2.4** des Grundsatzprogramms der AfD:

*"Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das „Gender-Mainstreaming“. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden."*²

Die Unterstellung, Homo- und Trans*sexualität würden im Schulunterricht einseitig hervorgehoben, wird von der AfD gezielt genutzt, um eine Bedrohung ihres Frauen* und Familienbildes zu suggerieren, welches auf Assimilation zugunsten des biologischen Nutzens ausgerichtet ist. Der gegen Diskriminierung zielende Gebrauch der gendergerechten Sprache wird also als ideologisch beeinflusst diffamiert. Das offene und wohlwollende Reden über „Homo- und Transsexualität“ sogar als zerstörerisch gegen das traditionelle Familienbild! Die menschenverachtende Propaganda der AfD gipfelt im absurden Hinweis auf die Schule als einem Ort, an dem die Kinder „zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit“ gemacht würden: Dies ist ein beleidigender Affront, in den die AfD unverhohlen das Vorurteil mischt, besonders Homosexuelle Männer seien pädophil. Das dies die Bereitschaft zu hemmungsloser Diskriminierung und

sogar Lynchjustiz wecken kann, liegt auf der Hand.

Bei einer solchen drastischen Agitation gegen den mühsamen Kampf der LSBTI* für ihre Bürgerrechte, wer kann da noch behaupten, es sei noch weit zu einem Gesetz gegen „Homo-Propaganda“ wie etwa derzeit in Russland unter Putin? Und weiter drängt sich die Frage auf: Welche Stimmung in der Mehrheitsgesellschaft braucht eine autoritäre Gesetzgebung, um bereitwillig akzeptiert zu werden?

Einige Beispiel aus dem AfD-Bundestagswahlprogramm

In ihrem Bundestagswahlprogramm schwadroniert die AfD auf reißerische Weise vom „Untergang des Abendlandes“:

„[...] dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien – von den etablierten Parteien längst als alternativlos hingenommen – sorgen für eine Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, mit stark steigender Tendenz. Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung [...]“³

Die AfD macht in ihrem Bundesprogramm eine scheinbar von oben gesteuerte und der hilflosen Bevölkerung gegen ihren Willen aufgezwungene "Gender-Ideologie" aus, die ihrem Glauben nach sogar verfassungsfeindlich ist. Nur sie kann heilsbringend und in schicksalhafterm Kampf das

2 Grundsatzprogramm der AfD (Beschluss vom 01.05.2016), Kap. 8.2.4; S. 54.

3 PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017. Kapitel 7, S. 37.

deutsche Volk retten, darum fordert die AfD massive politische Konsequenzen:

"Sie [die Gender-Ideologie] will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann. Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen [sic!]. Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.“⁴

Die AfD ist sich wieder einmal nicht zu schade, die Bürgerrechtskämpfe von Frauen und LSBTI*, die sich mühsam über Generationen hingezogen haben, mit dem Verweis auf das Wohlergehen der (aus heterosexueller Ehe stammenden!) Kinder zu diffamieren: Die bereits im Grundsatzprogramm von 2016 erfundene „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität“ in der Schule stelle „einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder“ dar. Die AfD schwadroniert weiter von "staatlich geförderten Umerziehungsprogrammen" und halluziniert ein

"ideologisches Experiment der Frühsexualisierung" herbei.

An diesem Punkt beginnt die Hetze der AfD gegen LSBTI* allmählich gefährlich zu werden: Wer auf solche Weise Eltern suggeriert, ihre Kinder seine durch die Versuche, für LSBTI*-Lebensweisen zu sensibilisieren, in Gefahr, der nimmt auch wissentlich (gewalttätige!) Überreaktionen dieser Eltern gegen LSBTI* in Kauf.

In Anbetracht dieser unverhohlenen Drohungen gegen Frauen und LSBTI* kann niemand ernsthaft in Erwägung ziehen, diese Partei, auf welche Weise auch immer, zu unterstützen. Besonders sympathisierende LSBTI* sollten gründlich über ihre Beweggründe nachdenken.

Getreu dem Sprichwort: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Schächter selber!“

Georg Matzel

⁴ Ebd., Kapitel 7.7, Seite 40.S.



Donnerstag

20-22 Uhr

**Otto-von-Guericke-Str. 41
39104 Magdeburg**

**queer &
trans**

Life Support

**DAS QUEERE ANTI-GEWALT- &
ANTI-DISKRIMINIERUNGS-PROJEKT**



VERLORENE MITTE

Immer mehr junge Menschen
tendieren zum Rechtspopulismus

Rechtspopulismus wird immer beliebter – auch unter jüngeren Menschen. Diese These unterstützen zwei im Jahr 2019 veröffentlichte Studien. Doch woran liegt dieser Rechtsruck in der „tolerantesten Generation seit Jahren“ eigentlich?

Die erste Studie, die von Beate Küpper, Wilhelm Berghan und Andreas Zick veröffentlicht wurde, trägt den Titel „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ und setzt sich mit rechtsextremen Einstellungen in Deutschland im Jahr 2018/2019 auseinander. Die Studie, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wurde, setzt sich jedoch nicht nur mit der wissenschaftlichen Erhebung der Daten, d.h. der Methodik und dem Design der sogenannten „Mitte-Studie“ auseinander, sondern auch mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – hier mit einem Schwerpunkt auf den „Neuen Antisemitismus“ (Antisemitismus = Hass auf und Gewalt gegen jüdische Mitbürger*innen) -, den rechtsextremen Einstellungen in Deutschland, neuen rechten Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft, dem Aufputschen von Rechts, Verschwörungsmethoden, der Einstellung zur Demokratie sowie möglichen Unterschieden im Rechtsextremismus zwischen West- und Ostdeutschland.

Küpper, Berghan und Zick erwähnen gleich zu Beginn der Einführung in die Studie, dass es Thesen gibt, die versuchen, diesen Rechtsruck – auch unter immer mehr jüngeren Menschen – zu erklären. Über „mögliche Verluste, die durch die Zuwanderung oder anderen ökonomischen Belastungen“ so-

wie dem Mangel an politischer Bildung, was im Zusammenhang mit „neuen Entwicklungen von digitalen Medien und neuen Möglichkeiten der Meinungsmanipulation“ (Berghan et al 2019, S. 27) wird geschrieben und wenn man sich im Internet einmal umschaut, so kann schnell festgestellt werden, dass vor allem die bereits erwähnten Verschwörungsmethoden (auch Verschwörungstheorien genannt) unheimlich viel Raum auf Sozialen Netzwerken wie Twitter, Facebook oder auch YouTube einnehmen. Sucht man beispielsweise auf YouTube „Verschwörungstheorien“ erscheinen Videos, die über 1,8 Mio mal angeklickt wurden. Auch über Verschwörungstheoretiker im Deutschrap wird berichtet – (Deutsch-)Rap bleibt immer noch einer der beliebtesten Musikgenres der Jugendlichen und so ist es doch relativ einfach, Jugendliche, die ihre Informationen von Künstler*innen und aus dem Internet herausziehen, zu manipulieren.

Doch neben Manipulation von Informationen und Nachrichten gibt es auch die psychologische Manipulation der Wahrnehmung anderer. Berghan et al (2019) setzen in der durchgeführten Studie einen expliziten Schwerpunkt auf Antisemitismus. Dieser beginnt, so erklärt die Studie, im „Andersmachen' und 'Andersgemacht-Werden', einem in der Forschung benannten 'Othering', wenn beispielsweise von 'Deutschen' und 'Juden' gesprochen wird, als wenn Jüdinnen und Jungen keine Deutschen wären bzw. sein sollten“ (Berghan et al 2019, S. 104) und führt oftmals zu unbedachten Handlungen - wie wichtige Termine auf einen Samstag zu legen (der Samstag wird im Judentum „Schab-



DER BERLIN-MONITOR 2019

Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie

Der Berlin-Monitor liefert eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zu politischer Kultur und Partizipation, gruppenbezogenen Vorurteilen und Diskriminierungserfahrungen

bat“ genannt und ist ein Ruhetag, ähnlich zum Sonntag im Christentum) - , beiläufigen Bemerkungen oder auch Beleidigungen, Verfolgung und Vernichtung.

Nun sollte man meinen, dass in Anbetracht der deutschen Geschichte eine gewisse Sensibilität bezüglich des herrschenden Antisemitismus existieren würde, doch meist ist es im Alltag so, dass dieser versteckt und auf Umwege kommuniziert wird. Beispielsweise kommt es zur „Täter-Opfer-Umkehr“: Jüd*innen seien, während des zweiten Weltkrieges, selbst an der eigenen Verfolgung Schuld gewesen.

Und auch als Punchlines in Rapsongs wird Antisemitismus gerne noch verwendet. Erst letztes Jahr gab es einen Aufschrei, da ein (mehr oder minder) bekannter Deutschrap-

per Zeilen wie „Mein Körper definierter als von Ausschwitzinsassen“, „Mache mal wieder 'nen Holocaust“ oder „Ey, ich komm“ in dein Wohlstandsviertel mit dem Wagen voll Rauschgift / Und ein Monat nachdem die letzte Ladung verkauft ist / Gleich die Gegend zunehmend afrikanischen Townships / Oder Lagern in Auschwitz“ in seinen Songs verwendet. Es war nicht überraschend, dass die Strafanzeigen wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener gefallen lassen wurden. Doch genau solch Aussagen können sich in den Köpfen der Jugendlichen festsetzen und irgendwann in verbaler, körperlicher oder emotionaler Gewalt auch gegen Mitmenschen umgesetzt werden.

Doch nicht nur die „Mitte-Studie“ hatte sich mit dem Rechtsrück in Deutschland ausei-

einander gesetzt. Auch Lehrende der Universität Leipzig und der Hochschule Magdeburg-Stendal haben sich im „Berlin-Monitor 2019“ in Berlin mit der aktuellen politischen Kultur, den demokratischen und politischen Einstellungen wie auch mit gruppenbezogenen Vorurteilen in der Landeshauptstadt auseinandergesetzt. Im „Berlin-Monitor 2019“ werden keine expliziten Thesen zum Rechtsrück unter Jugendlichen aufgestellt – die Studie liefert jedoch wichtige empirische Daten, die zeigen, wie stark rechtes Gedankengut unter den 16 – 30-jährigen verbreitet ist.

Gert Pickel, Katrin Reimer-Gordinskaya, Oliver Decker sowie vier wissenschaftliche Mitarbeiter*innen haben mit Hilfe eines Fragebogens, welcher neben den üblichen Angaben zu Geschlecht, Alter, Schulbildung, Religiosität und Migrationshintergrund auch Fragen zu politischen und weltanschaulichen Einstellungen stellt, Berliner*innen auf den Zahn gefühlt.

Interessant bei den Umfragen waren hierbei die Ergebnisse zu „Vorurteilen und Resentiments“ – sagten doch 88% der 16 – 30 und 31 – 60-jährigen, dass Homosexualität etwas „völlig normales“ sei, sagten wiederum 13% der 16 – 30-jährigen, dass „Transsexualität eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung“ sei. Selbst die Kategorie der Befragten ab 61+ J. lag bei der Zustimmung dieser Aussage bei „nur“ 9%. Ebenso stimmten 10% der 16-30-jährigen der Aussage „Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Menschen“ zu. Im Vergleich dazu haben 9% der 31-60-jährigen dieser rassistischen Aussage zugestimmt.

(Decker et al 2019, S. 115)

Was außerdem noch auffällt ist die Tatsache, dass genau 0% der Personen, die die blaue Partei wählen wollten oder gar gewählt hatten der Aussage „Alles in allem kann man Politikern doch vertrauen“ zustimmten. Kommt dieses Misstrauen von der Propaganda, die die sogenannte „Volkspartei“ über Mitstreiter*innen in der Politik verbreitet hat oder aus den Tiefen des Internets, aus dem häufig Falschnachrichten, die ohne Fakt-Check verbreitet und geteilt werden, gezogen werden?

Fakt ist: Neben dem Rechtsrück in der Politik, der seit knapp 5 Jahren durch die blaue Partei in Deutschland und ihren Pendanten in ganz Europa, zu verzeichnen ist, verschieben sich auch die Ansichten der Deutschen immer weiter nach rechts. Bedenklich ist dabei, dass immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene auf Verschwörungstheorien und leere Versprechungen hereinfallen. Auch wenn dies aus dem Bedürfnis nach Schutz und persönlicher sowie ökonomischer Sicherheit geschehen sollte, wie es in der wissenschaftlichen Literatur immer wieder heißt, gilt es trotz allem, vermehrt politische Aufklärungsarbeit zu betreiben. Sei es durch das Aufdecken von Fake-News, dem Widerlegen von Aussagen durch wissenschaftliche Studien wie die oben genannten oder das Aufarbeiten der politisch belastenden Geschichte – jede*r hat einen Teil zu einem demokratischen Deutschland beizutragen, in dem sich jede*r wohl fühlen kann und so sein kann, wie si*er will.

Min. 



POLEN, FRANKREICH, DEUTSCHLAND

Rechtspopulismus und religiöser Fundamentalismus als Gefahr für Vielfalt und Akzeptanz in Europa

Rechtspopulist*innen und Nationalist*innen sind in Europa weiter im Aufwind. Gleichzeitig nehmen die Angriffe auf Minderheiten, wie Jüd*innen, Muslim*innen oder auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans-* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*) seitens rechter Gruppen, Parteien aber auch durch

religiöse Fundamentalist*innen zu. Das zeigt sich nicht nur in Ländern wie Polen, sondern auch in Deutschland oder Frankreich.

Neu ist das Phänomen des Rechtspopulismus jedoch keinesfalls. Schon seit den 1990er Jahren kann ein Erstarren von rech-

ten Parteien in Europa beobachtet werden. In ihrer Ausprägung unterscheiden sich die Parteien. Während etwa der Front National (FN) in Frankreich rechtsradikal geprägt ist, können wir bei der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jaroslaw Kaczynski oder bei Victor Orbáns Fidesz starke nationalistisch-autoritäre Züge beobachten. Im Falle von Polen wird dieser durch einen ultrakatholischen Fundamentalismus ergänzt.

Rechtspopulist*innen verstehen sich als einzig wahre Vertretung eines als homogen imaginierten Volkes. Ihr Selbstverständnis ist antipluralistisch und minderheitenfeindlich. Alle, die sich ihnen entgegenstellen stellen, stellen sich ihrer Ideologie nach auch dem vermeintlich „wahren Volk“ entgegen und gelten als Feinde der Nation. Dabei soll das „gute Volk“ gegen die etablierte politische Klasse instrumentalisiert und aufgebracht werden.

Ideologisch sind rechtspopulistische Parteien durch eine Ideologie der Ungleichheit und daraus resultierender Ungleichwertigkeit gekennzeichnet. Dabei zeigen sich unterschiedliche Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), wie beispielsweise Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber Muslim*innen, Abwertung von Langzeitarbeitslosen oder Obdachlosen. Durch die Abwertung Anderer versuchen sie sich selbst aufzuwerten. Dabei zeigen sich auch völkisches Denken, Rassismus oder nationalistische Elemente - das gilt auch für die AfD. Homosexuellen- und trans*feindliche Tendenzen sind sowohl bei Parteien in Deutschland und Frankreich, aber auch in Polen zu beobachten.



© Wikimedia.org | Adrian Gryciuk | CC BY-SA 3.0 PL

**Jarosław Kaczyński Vorsitzender
der Partei Prawo i Sprawiedliwość.**

LSBTI*-Feindlichkeit zwischen Polen und Frankreich

Die Angriffe auf CSD-Demonstrationen durch rechte Hooligans in polnischen Städten wie Białystok, Lublin oder Breslau offenbaren eine LSBTI*-Feindlichkeit, die auch in der Mitte der polnischen Gesellschaft verbreitet ist. Im Vorfeld der CSD Veranstaltungen hatten Politiker*innen der PiS in Einklang mit nationalistischen Gruppen und Vertretungen der katholischen Kirche in Polen zu Gegendemonstrationen aufgerufen. Diese Protestaufrufe befeuerten die Übergriffe auf die Teilneh-

menden der Paraden von Białystok und Lublin und sind ebenfalls Teil einer starken antieuropäischen Ideologie. Diese suggeriert, dass die EU mithilfe von LSBTI*-Aktivist*innen versuche, unter dem Deckmantel der Sexuaufklärung und Geschlechtergerechtigkeit Kinder und Jugendliche zu „sexualisieren“.¹

Auch die Regierungspartei PiS nutzte LSBTI*-Feindlichkeit als zentrale Strategie, um Wähler*innenstimmen im Namen von Familien- und Kinderschutz zu sammeln. In Regionalparlamenten und Kreistagen brachte sie homosexuellen- und trans*feindliche Resolutionen ein. Eines der bekanntesten Beispiele, war der Beschluss des Kreistages in Świdnik, der den Landkreis zu einer LSBTI*-freien Zone erklärte². Die Akzeptanz von LSBTI* wird von der PiS und ultrakatholischen Organisationen seit Jahren als Angriff auf die Familie und auf die polnische Identität dämonisiert – mit erschreckenden Erfolg, wie die letzten Parlamentswahlen zeigten. Die PiS konnte dabei ihr Ergebnis von 37,6 % (2015) auf 43,6 % der Stimmen verbessern und hat nun erneut die Mehrheit im Parlament.

Das LSBTI*-feindliche Einstellungen aus dem Dunstkreis von Nationalisten, katholischen Organisationen und rechten Gruppen kommen, ist in Polen nicht ungewöhnlich. Besonders katholische Organisationen greifen das Thema „Gender“ immer wieder auf, wie ein Beitrag des katholischen Senders Radio Maryja zeigte:

„Mit Beunruhigung blicken wir in die alten EU-Länder, sie hat eine Krankheit befallen, die Gender-Ideologie. Das ist die verderblichste Ideologie, die in den vergangenen Jahren entstanden ist. Und sie wird in den alten EU-Ländern mit großer Freude aufgenommen! Dabei bringt sie Europa den Tod.“³

Auch in der aktuellen Diskussion um die Sexuaufklärung an polnischen Schulen wird deutlich, wie religiöse Organisationen gemeinsam mit Nationalist*innen versuchen, den Schutz von Minderjährigen für ihre Ideologie zu nutzen. Dabei werden sie von rechten Gruppen tatkräftig unterstützt.

Ein aktueller Gesetzesentwurf zur Sexuaufklärung sieht vor, Personen unter Strafe zu stellen, wenn sie dafür „werben“, dass Minderjährige Geschlechtsverkehr oder andere sexuelle Aktivitäten aufnehmen⁴. Bestraft werden soll auch, wer das in Räumen einer Schule oder einer anderen Bildungseinrichtung macht. Dabei besteht die Gefahr vor allem darin, was nicht gesagt wird. Der Begriff „Werbung“ wird in dem Gesetzesentwurf nicht näher definiert und bleibt somit offen für Interpretationen. Sollte der Entwurf durch das Parlament kommen, könnte auch die Sexuaufklärung an Schulen und die Tätigkeit außerschulischer Sexuaufklärungsprojekte illegal werden. Das würde auch die Arbeit von queeren Vereinen massiv erschweren und Lehrkräfte daran hindern

¹ Vgl. Chotuj, Bożena (2015): »Gender-Ideologie« – ein Schlüsselbegriff des polnischen Anti-Genderismus. In: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Sabine Hark, Paula-Irene Villa (Hg.). S.230 ff.

² Vgl. LGBT-freie Zonen in Polen. Erschienen bei mdr Aktuell am 30. Juni 2019. Online verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/politik/lgbt-freie-zonen-in-polen-100.html> (Abgerufen am 17.10.2019)

³ Zitiert nach: Kellermann, Florian (2016): Angriff des Westens auf Polen. Online verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/anti-gender-bewegung-angriff-des-westens-auf-polen.886.de.html?dram:article_id=373510

⁴ Vgl. Polen: Tausende gehen für Sexuaufklärung auf die Straße. Online erschienen bei: <https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/polen-sexuaufklaerung-demonstration-100.html>



mit Kindern und Jugendlichen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Unterricht zu sprechen, da sie dann Gefängnisstrafen fürchten müssten.

Dass das Thema „Vielfalt von Geschlecht und Lebensweisen“ in Schule und Unterricht Ziel von Agitationen wird, lässt sich übrigens auch in Deutschland immer wieder beobachten. Zum diesem Ergebnis kam auch das LSVD-Projekt „Miteinander stärken“.

In Deutschland sind es vor allem die sog. „Demo für alle“ oder die besorgniserregenden Eltern die, flankiert von rechten Gruppen und religiösen Fundamentalist*innen verhindern wollen, dass die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten auch in Schule und Unterricht zum Thema wird. Die Argumentationsmuster der Gegner*innen drehen sich auch in Deutschland um eine angebliche „Sexualisierung“ von Kindern. Das vertritt auch die AfD in ihren Programmen.

Eine selbstverständliche und unaufgeregte Thematisierung von LSBTI* im Schulunterricht wird von der AfD skandalisiert, diffamiert und als „Umerziehung“ dargestellt. Die Stärkung von Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität widerspricht ihrer Meinung nach dem schulischen Bildungsauftrag. Ähnlich wie in Polen möchte die AfD hierzulande verhindern, dass LSBTI*-Projekte Antidiskriminierungsarbeit an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen machen. Mit Hinweis auf den vermeintlichen Neutralitätsanspruch von Schule sollen queere Projekte ferngehalten werden.

Als 2012 in Frankreich Präsident François Hollande die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften ankündigte und sein Vorhaben präsentierte die Ehe auch für Lesben und Schwule zu öffnen, formierte sich unerwarteter Widerstand. Auslöser war nicht die eigentliche Gesetzesi-

niative Mariage pour tous, sondern das damit verbundene Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Im Zuge der Proteste formierte sich das Bündnis La Manif pour tous (Die Demo für alle), das sich vor allem aus Teilen der katholischen Kirche in Frankreich, sowie aus der konservativen Opposition und dem rechtsextremen Front National speiste. Aus dem Bündnis hatte sich 2014 auch die sog. „Demo für alle“ in Deutschland gegründet.

Im Zuge der Proteste radikalisierte sich *Manif pour tous* zunehmend und agitierte im Zusammenspiel mit rechten und radikal-katholischen Initiativen gegen eine vermeintliche *Idéologie du genre* an Grundschulen⁵. Im Oktober 2019 trat das Bündnis erneut öffentlich auf und demonstrierte gegen ein Vorhaben der Regierung Macron, dass es auch lesbischen Paaren und unverheiratete Frauen ermöglichen soll, Maßnahmen zur künstlichen Befruchtung nutzen zu können⁶. Ähnlich wie beim Thema Bildung und bei der Frage der Adoption wurde auch hier der Schutz der Institution „Familie“ und der Kinder instrumentalisiert, um die eigenen ultrakonservativen Forderungen zu legitimieren. Interessant ist, dass Marine Le Pens *Front National* dabei eher im Hintergrund auftrat. Das dürfte damit zusammenhängen, dass der FN seit

den 1990er Jahren versucht Lesben und Schwule für die eigenen Partei zu ködern und gegen Migrant*innen auszuspielen.⁷ Homosexuellenfeindlichkeit wird hier vor allem bei Migrant*innen bzw. Muslim*innen verortet. Während Jean-Marie Le Pen aus seiner Homosexuellenfeindlichkeit keinen Hehl machte⁸, geht die Partei unter Marine Le Pen deutlich vorsichtiger vor und verschleiert die LSBTI*-feindliche Ideologie gekonnt. Das zeigten vor allem die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2015. Über ein Viertel der verheirateten Lesben und Schwulen wählten dabei den FN.⁹ Strategisch hatte es die Partei geschafft mit Nationalismus und Muslimfeindlichkeit auch Lesben und Schwule anzusprechen. Der Versuch Minderheiten gegen einander auszuspielen, zeigt sich übrigens auch bei der AfD in Deutschland. Besonders in Fragen der Migration versucht die Partei sich als Beschützerin der Lesben und Schwulen in Deutschland zu präsentieren, wenn es darum geht ihre menschenfeindliche Flüchtlingspolitik zu legitimieren¹⁰. Ähnlich wie beim FN auch verortet die AfD Homosexuellenfeindlichkeit ausschließlich bei Migrant*innen.

Abschließend lässt sich sagen, dass Rechtspopulist*innen in Europa eine Bedrohung

5 Vgl. Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung. in: Anti Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung. Sabine Hark, Paula-Irene Villa (HG), S.94 ff.

6 Frankreich streitet über Spermien. Online verfügbar unter https://rp-online.de/politik/ausland/geplantes-bioethik-gesetz-frankreich-streitet-ueber-spermien_aid-46332663

7 Vgl. Warum viele Homosexuelle mit Marine Le Pen sympathisieren. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/vor-der-praesidentschaftswahl-in-frankreich-warum-viele-homosexuelle-mit-marine-le-pen-sympathisieren/19756500.html> (abgerufen am 21.10.2019)

8 Vgl. Jean-Marie Le Pen wegen Hassaussagen über Homosexuelle verurteilt. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article184639818/Frankreich-Jean-Marie-Le-Pen-wegen-Hassaussagen-ueber-Homosexuelle-verurteilt.html>

9 Vgl. Warum viele Homosexuelle mit Marine Le Pen sympathisieren Warum viele Homosexuelle mit Marine Le Pen sympathisieren. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/vor-der-praesidentschaftswahl-in-frankreich-warum-viele-homosexuelle-mit-marine-le-pen-sympathisieren/19756500.html>

10 Vgl. AfD eine unberechenbare Alternative. Online verfügbar unter: <https://www.lsvd.de/politik/rechtspopulismus-entgegengetreten/afd-eine-unberechenbare-alternative/11-instrumentalisierung-statt-integration-fluechtlingspolitik.html>

für alle Minderheiten darstellen, vor allem aber auch für die Demokratie. Mit ihrer Politik und ihrem öffentlichen Auftreten schaffen sie es, dass Ressentiments und Hass vermehrt in der gesellschaftlichen Mitte anschlussfähig werden. Allianzen mit christlichen Fundamentalist*innen und Kirchen, sowie der propagierte Schutz der Familie und der Kinder fungieren dabei als Kit, um die eigene homosexuellen- und trans*feindliche Ideologie auch in der Mehrheitsgesellschaft anschlussfähig zu machen. Auch wenn die aktuelle europaweite Umfrage Eurobarometer 2019 gezeigt hat, dass die Akzeptanz von LSBTI* in Europa sich leicht verbessert hat¹¹, ist die Gefahr eines Rollbacks real. Dass LSBTI*-Feindlichkeit in Europa offen artikuliert werden kann und als legitimer Teil des gesellschaftlichen Diskurses dargestellt wird, zeigt die Gefahr, die von diesen Gruppierungen und Parteien ausgeht. Besonders in osteuropäischen Ländern wie Polen, Rumänien oder der Slowakei sind homophobe Einstellungen noch allgegenwärtig.

Welche Wirkung es haben kann, wenn Gegner*innen von Akzeptanz online wie offline mit ihrem LSBTI*-feindlichen Hass den gesellschaftlichen Diskurs vergiften, zeigte die aktuelle Studie „Attitudes to LGBT+ people in the UK“.¹² Demnach sind erstmals nach zehn Jahren wieder homophobe Einstellungen unter Jugendlichen im Vereinigten Königreich gestiegen. Die Autor*innen machen vor allem eine LSBTI*-feindliche Rhetorik in sozialen Medien dafür verantwortlich.¹³

Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche Menschen stehen in Europa immer noch unter Beschuss von Rechtspopulist*innen und vor allem auch von christlichen Fundamentalist*innen. Rechtspopulistischen Ideologien entgegenzutreten wird auch für zivilgesellschaftliche Organisationen wie den LSVD immer mehr zu einer Herausforderung. Viele Verbände in Deutschland beobachten mit Sorge eine drohende gesellschaftliche Spaltung. Die Grenzen des Sagbaren haben sich auch hier verschoben. Diskriminierende Positionen werden offener vertreten. Gleichstellungsgegner*innen versuchen menschenfeindliche Haltungen unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu legitimieren. Solange diese Akteure zwischen Paris und Bukarest auf allen Ebenen versuchen unsere Gesellschaft mit ihrer Ideologie zu spalten und mit faktenfreien Kampagnen den gesellschaftlichen Diskurs zu vergiften, solange werden wir mit Mut und Kreativität unsere Vorstellung von einer vielfältigen und diskriminierungsfreien Gesellschaft verteidigen müssen.

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken“ empowert und stärkt in diesem Spannungsfeld seit 2017 nicht nur Aktivist*innen, sondern auch zahlreiche Bündnispartner*innen und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

René Mertens

*Bund-Länder-Koordination
beim LSVD-Bundesverband*

¹¹ Vgl. Eurobarometer 2019. Online verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurvey-Detail/instruments/SPECIAL/surveyKy/221>

¹² Online verfügbar unter: <http://mannschaft.com/bimber/wp-content/uploads/2019/10/Hate-Crime-Report-2019.pdf>

¹³ Vgl. Vgl. Junge Brit*innen werden wieder homofeindlicher. Online verfügbar unter: http://mannschaft.com/2019/10/18/junge-brit-ten-werden-wieder-homofeindlicher/?fbclid=IwAR30sTaPn504FJkkWfMqC7Z7OvuE_sTPtFCy19Q2gAspfkmO14PbreVCRs



NACHRUF AUF MANFRED BRUNS

Wir verlieren einen Vorkämpfer der LSBTI-Emanzipationsbewegung

Am 22. Oktober 2019 ist Manfred Bruns verstorben. Mit seinem Tod verliert der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) in Deutschland eine prägende Persönlichkeit. Mit unglaublicher Energie hat er sich fast 30 Jahren im LSVD engagiert, war lange Jahre im Bundesvorstand und hat bis zu seinem Tod als Justiziar des LSVD weiter für die Gleichstellung und für die Emanzipation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans-* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI*) gekämpft. Manfred hat nicht nur den LSVD mit aufgebaut und ent-

scheidend geprägt, sondern war auch juristische Koryphäe des Verbandes und Gründungstifter der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

Der Bundesanwalt a. D. war ohne Zweifel der Vorkämpfer in der deutschen LSBTI* Rechtsgestaltung und Gesetzgebung. Sein tiefes juristisches Wissen und seine Hartnäckigkeit in der Durchsetzung der Gleichstellung war und ist immer noch die Grundlage der heutigen LSBTI* Gesetzgebung.

In den 80er Jahren war Manfred einer der wichtigsten Wegbereiter der liberalen Aids-Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig stritt er mehr als zwei Jahrzehnte lang mit dem LSVD für die Lebenspartnerschaft, die Gleichstellung und für die Öffnung der Ehe und war damit einer der Pioniere für die Ehe für alle.

Manfred Bruns Leben war durch die Gesetzgebung des Paragraphen 175 nicht einfach und geradlinig. Gerade deshalb hat er sich so intensiv für die Belange von LSBTI* eingesetzt, damit kommenden Generationen dieses Leid erspart bleibt. Er kämpfte unerlässlich für die Rehabilitierung der nach §175 StGB verfolgten Homosexuellen, wie für die Reform des Transsexuellen Gesetzes.

Zu seinem Lebenswerk gehören auch die Mitgestaltung am Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) und bei der Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts. Bei Anhörungen im Bundestag, in Landtagen und bei Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht war er über Jahrzehnte unsere Stimme, die entschieden und so voller Sachkunde für die Rechte von LSBTI eintrat, das sie nicht abgetan oder ignoriert werden konnte.

In unermüdlicher Arbeit beriet er beim LSVD unzählige Menschen, darunter viele Geflüchtete und war für sie Ansprechpartner und Ratgeber. Seine gewissenhafte Sammlung und Ergänzung von Urteilen zu LSBTI*-Rechtsprechung ist für Jurist*innen in Deutschland immer noch ein unverzichtba-

res Arbeitsmittel. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung des LSVD hatte bereits 2012 Manfreds juristischem Wirken die Festschrift „Vom Verbot zur Gleichstellung“ gewidmet.

Für sein ehrenamtliches Engagement erhielt Manfred Bruns vielen Auszeichnungen und Würdigungen. Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes und erster Träger des Antidiskriminierungspreises der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Besonders gefreut hatte er sich aber immer über Auszeichnungen, die ihm von „seiner“ Community verliehen worden sind. Dazu gehörten der Zivilcourage Preis des CSD Berlin und die Kompassnadel des Schwulen Netzwerkes NRW.

Wir verlieren mit Manfred Bruns einen engen und lieben Freund und verneigen uns in tiefer Dankbarkeit vor seiner Arbeit. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und bei seinem Lebensgefährten.

Manfred wir werden Dich sehr vermissen und Deine Arbeit mutig weiterführen. Du bist und bleibst Teil unseres Verbandes.

Dein Lesben- und Schwulenverband (LSVD)

Bundesvorstand und Mitarbeitende



queere
charaktere
euphoria

© obs / Sky Deutschland

Bei unserem dritten Teil der Rubrik „Queere Charaktere“ geht es um den Charakter Rue aus der Serie Euphoria.

Rue ist der Hauptcharakter in HBOs Euphoria – einem amerikanischen Teen Drama, das auf der israelischen Miniserie „Euphoria“ basiert.

Rue ist in der ersten Staffel der Serie 17 Jahre und wird von Zendaya gespielt. Wild ist Rues Kindheit. Schon früh erhält sie Diagnosen wie Zwangsstörung, ADHS, Angststörung und möglicherweise auch eine bipolare Störung. Zur Folge hat dies, dass manische und depressive Episoden schon in jungen Jahren bei ihr an der Tagesordnung sind und sie – nach eigener Aussage – kaum Erinnerungen an ihr Leben zwischen dem achten und zwölften Lebensjahr hat. Der Dreh- und Angelpunkt

um Rues Charakter in der Serie ist jedoch ihr Drogenmissbrauch. Mit elf hatte sie während einer Angstattacke Valium verabreicht bekommen und hatte dadurch das erste Mal das Gefühl, das sie „ihr ganzes Leben lang schon gesucht hatte“ gefühlt. Das Problem verschlimmerte sich, als ihr Vater unheilbar krank wurde und er gegen seine Schmerzen Oxycotin verschrieben bekam. Das starke und schnell süchtig machende Opioid treibt Rue weiter in ihre Drogenabhängigkeit, sodass sie schließlich mit 16 auf Entzug geschickt wird. Bei Rues Rückkehr aus dem Entzug setzt die Serie schließlich an.

Bereits in der ersten Episode lernt Rue Jules kennen, die gerade erst in Rues Nachbarschaft gezogen ist und fortan ihre Klassenkameradin sein wird. Jules ist – das finden Zuschauer*innen in der vierten von insgesamt acht Episoden der ersten Staffel raus – trans und hat bereits in jungen Jahren mit Depressionen und Dysphorie zu

kämpfen. Bis sie Rue kennen lernt, war sie mit älteren Männern, die zumeist verheiratet waren, zusammen.

Und auch Rue hatte, bis sie schließlich Rue kennenlernte, hauptsächlich sexuelle Erfahrungen mit Männern gesammelt – auch wenn sie bei den meisten auf Drogen war. Einzig ihre beste Freundin aus Grundschulzeiten Lexi hatte sie geküsst und Lexis Frage, ob der Kuss auch für Rue „unangenehm“ war, deutlich verneint. Es hatte sich also auch bei Rue schon alsbald gezeigt, dass sie den heteronormativen Zwängen der Gesellschaft unterlag. Dies ändert sich langsam, je näher sie Jules kennenlernt. Die beiden kommen schlussendlich zusammen, lassen sich im Laufe der Serie Partnertattoos stechen und rennen am Ende fast zusammen weg. Doch bevor Rue

auch in den Zug steigen kann, der die beiden in Jules' alten Wohnort bringen soll, erinnert sie sich daran, wie schwer es Rues Schwester Gia und ihre Mutter aufgrund der Lügen, die sie den beiden wegen ihrer Drogenabhängigkeit erzählte, ging.

So scheint es am Ende der ersten Staffel erst einmal das Ende von „Rules“ zu sein – der Teufelskreis beginnt damit erneut, da Jules Rues Ersatzdroge während ihrer Beziehung war und sie am Ende der achten Episode das erste Mal seit zwei Monaten wieder tatsächliche Drogen nimmt.

Zendaya spielt Rue fesselnd und überzeugend. Ich persönlich kann es kaum erwarten, dass die zweite Staffel ausgestrahlt wird.

Min. 

ALTE AUSGABEN NOCHMAL NACHLESEN?



WWW.QUEERZEIT.NET



© Carsten Kaimmer Photography

RÜCKBLICK

Der CSD 2019 in Magdeburg

Mit über 3500 Teilnehmern ist die diesjährige CSD-Demo die bisher größte in Magdeburg gewesen. Die Begeisterung war sowohl bei den Organisatoren als auch bei den Teilnehmern groß. So haben etwa verschiedene Organisationen, die sich dieses Jahr an der Demo beteiligt haben, bereits angekündigt nächstes Jahr mit größeren LKWs und noch

mehr Fahrzeugen an den Start zu gehen. Es zeichnet sich ein deutlicher Effekt ab: Je größer und besser die CSD-Demo organisiert ist, umso mehr Menschen begeistern sich dafür, an diesem Tage aktiv für Vielfalt und Akzeptanz einzutreten. Trotz der gelungenen Veranstaltung sieht das Organisationsteam keine Veranlassung

sich zur Ruhe zu legen. „Nach dem CSD ist vor dem CSD.“ sagt Falko Jentsch, Mitglied im Vorstand des „CSD Magdeburg e.V.“. Schon am selben Tag der Demo wird das Datum des Folgetermins veröffentlicht (22.08.2020). Wenig später beginnen die Auswertungsgespräche und neue Ideen und Konzepte werden jeden ersten Dienstag im Monat in den „Pimp your Pride“-Treffen zusammengetragen. Um es mit einem Wort zu sagen: Der CSD Magdeburg strebt ein hohes Maß an Professionalität an. Stolz sind Falko Jentsch und Dennés Deichsel, Beauftragter des „CSD Magdeburg e.V.“ dabei auch auf die Unabhängigkeit des Vereins von Landes- oder kommunalen Mitteln. „Dies garantiert größtmögliche Unabhängigkeit“ sagt Deichsel. Zu den Sponsoren zählen stattdessen Privatpersonen, Unternehmen und politische Parteien.

Bereits bestehende Zusammenarbeiten sind durch den Erfolg von 2019 gestärkt worden. Ein Sog-Effekt findet statt und das Netzwerk hat sich insgesamt vergrößert. Viele andere Gruppen und Organisationen (z.B. die „Freiwillige Feuerwehr Magdeburg“) sind motiviert 2020 auch dabei zu sein. Die Zusammenarbeit mit überregionalen Verbänden, so etwa dem „Verein für Vielfalt und Sport“, dem „Katte e.V.“ aus Potsdam und der Initiative „Enough is Enough – Open your Mouth“ wird in Zukunft noch weiter ausgebaut. Es gibt bereits viele positive Signale von verschiedenen Organisationen.

Wichtiges Thema wird 2020 sein: LSBTI* im Sport. Vereine, wie z.B. „Stark im Sport“ waren dieses Jahr schon dabei und sind auch fürs nächste Jahr motiviert. Ein bestehendes Netzwerk des CSD Magdeburg lässt eine

weitere Wirkung auf die Magdeburger Sportwelt zu. So will der Verein sich für sichtbare Zeichen der Vielfaltsbekundung in der Sportwelt einsetzen. Als Beispiele nennt Falko Jentsch Eck-Flaggen in der „MDCC-Arena“ und Kapitänsbinden, die in Regenbogen-Farben gestaltet sein könnten. Solche Zeichen wären ein Bekenntnis der Sportvereine für ein gutes Miteinander.

Denn gerade der Fußball, sagen Deichsel und Jentsch, sei in Magdeburg nach wie vor ein problematisches Thema. Die Magdeburger Polizei weist jedes Jahr im Vorfeld sicherheitstechnisch darauf hin, dass die CSD-Termine häufig mit Spielen des „1. FC Magdeburg“ zusammenfallen. Dennoch gibt es nach Auffassung des „CSD Magdeburg e.V.“ keinen Grund zur Beunruhigung: „Durch eine geübte Security, die mit den Fußballfans auf Augenhöhe sprechen kann, wird die Sicherheit der Demonstrationsteilnehmer jedes Jahr sichergestellt.“, so Jentsch.

Allgemein halten die beiden überhaupt nichts davon sich „die Stadt negativ zu reden“: Ein in der Vergangenheit häufig formuliertes „Bashing“ des Magdeburger „Hasselbachplatzes“ oder der Fans des 1. FC Magdeburg ist ihres Erachtens nicht gut für die Akzeptanz der queeren Kultur. Wichtig ist ein verständnisvolles Miteinander und das die „queere Szene“ in Magdeburg mutig für ihre Ziele und ihre Kultur einsteht und sich nicht einschüchtern lässt: Weder durch Vorurteile noch durch andere Formen der Anfeindung.

Auf die Frage ob es nicht ein bloßes Lippenbekenntnis der nicht-queeren Organisationen sei, ein einziges Mal im Jahr Flagge für

LSBTI* zu zeigen sagt Jentsch: „Wenn wir es schaffen, einmal im Jahr ein Zeichen zu setzen und verschiedenen Organisationen und Gruppen zur offenen Solidaritätsbekundung für LSBTI* zu motivieren, erreichen wir in jedem Fall eine erhöhte Aufmerksamkeit. Der Vorwurf des „Pinkwashing“ gegenüber beispielsweise kommerziellen Organisationen ist hier kontraproduktiv. Eine Solidaritätsbekundung einmal im Jahr zeugt doch von einer generellen Offenheit und von einer generellen Bereitschaft, sich dieses Themas anzunehmen“.

Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft des Magdeburger CSD im Vergleich:

Vor 50 Jahren begann nach den Polizeirazzien im New Yorker „Stonewall Inn“ eine weltweite Erfolgsstory im Kampf für Vielfalt und gleiche Rechte der LSBTI*-Community. Heute gibt es in Deutschland bereits über 70 CSD-Demos, die „International Pride“ und eine globale Vernetzung der CSD-Vereine die versuchen auch in „schwierigen Staaten“ einen CSD zu ermöglichen. In Deutschland gibt eine rasante und gute Entwicklung, so gibt es in Magdeburg den CSD seit über 18 Jahren. Inzwischen ist er keine „Hinterhof-Veranstaltung“ mehr, sondern in der gesamten Gesellschaft gut angekommen, nicht nur in der Community.

Mit dem Projekt „Queer Magdeburg – eine Stadt im Wandel der Zeit“ möchte der „CSD Magdeburg e.V.“ darstellen wo sich die LSBTI*-Community in vergangenen Zeiten getroffen hat. Das Projekt wird dieses Jahr am Eingang des „Magdeburger Weihnachts-

marktes“ in der ehemaligen „IKEA-Hütte“ ausgestellt. Gesucht werden dafür aktuell Zeitzeugen, die unter anderem über ihr Outing in den vergangenen Jahrzehnten berichten. Ort und Ausrichtung des Projekts verdeutlichen dabei das „queere Lebensweisen“ nicht nur in Nischen oder kulturellen Randgebieten zu finden sind, sondern immer schon Teil des öffentlichen Lebens waren und sind. Finanziert wird das Projekt durch die Initiative „Kulturhauptstadt Magdeburg 2025“.

Falko Jentsch stellt dabei folgende Prognose für die CSD-Demo im nächsten Jahr: Auf Grundlage des diesjährigen Erfolgs soll auf ganzer Linie eine Steigerung erfolgen, „Die Veranstaltung soll größer werden, zentrale Punkte aus 2019 sollen für 2020 weiter ausgebaut werden“. Für das „Magdeburger Stadtfest 2020“ sind zwei Bühnen geplant, die das Programm noch vielfältiger werden lassen. Es wird einen stärkeren Zustrom von neuen Besuchern erwartet und deshalb muss es inhaltlich eine Differenzierung zwischen z. B. Kulturellen und politischen Inhalten geben. Dafür will der CSD Magdeburg e. V. sorgen.

Dennés Deichsel sagt zum Schluss „Der allgemeine Wunsch ist es, weniger zum Kämpfen aufzufordern, sondern mehr darüber zu sprechen, welche Ziele inzwischen erreicht sind. Das jahrelange Engagement soll sich im Stolz für unser queer-Sein ausdrücken und ganz selbstverständlich im öffentlichen Leben stehen.“

Georg Matzel

MEDIENPROJEKT GOQUEER

DU BIST ZWISCHEN 14-27 JAHRE ALT?
DU HAST SPAB AN DER KREATIVEN VIDEOARBEIT?
WENN JA, DANN WERDE EIN TEIL DES TEAMS!

WWW.COMEIN.LSVD.DE/GOQUEER



GOQUEER.TV



@GOQUEER_TV



GOQUEER

Positionspapier Landesvorstand Lesben- und Schwulenverband in Sachsen-Anhalt

LESBISCHE*E BEDARFE MITDENKEN UND SOLIDARITÄT LEBEN

Klartext, Leute: Wir müssen uns vermehrt auch den Frauen* in unserer Community widmen. Nicht, dass wir das nicht schon tun – aber in der öffentlichen Wahrnehmung fällt das immer etwas hinten runter. Doch da sind nicht nur wir als Landesverband gefragt. Lesbische Sichtbarkeit ist ein Thema, welches auch im Bundesverband viel mehr thematisiert werden muss. Leider ist es so, dass Frauen* bei uns im Verein immer noch wenig präsent sind. Genau aus diesen Gründen starten wir als Landesvorstand nun eine Initiative, in der Hoffnung, dass uns noch viele weitere folgen werden: Ein Positionspapier zur lesbischen Sichtbarkeit. Das sind unsere Forderungen:

1. Die Gedenkarbeit und Forschung zur Verfolgung lesbisch*er Frauen und Mädchen während der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 muss Bestandteil der politischen Agenda von Bund- und Ländern werden. (analog zur Rehabilitierung der nach § 175 Verurteilten)
2. Ergänzend dazu muss die Gedenkarbeit und Forschung zur Verfolgung lesbisch*er Frauen und Mädchen im Allgemeinen Bestandteil der politischen Agenda von Bund- und Ländern werden. Dies schließt die Zeit vor 1933 als auch die Zeit nach 1945 ein.
3. Auf Bundesebene, in den Bundesländern und in den Kommunen müssen finanzielle Mittel für die Forschung, Aufarbeitung und Gedenkarbeit bereitgestellt werden.
4. Es bedarf der gezielten Unterstützung und Förderung von Forscher*innen, die bereits heute schon speziell in diesem Themengebiet forschen.
5. Innerhalb der Verbandsstrukturen und Verbandsarbeit des LSVD setzen wir uns für die paritätische Besetzung von Vorständen, Gremien und Podien ein.
6. Die Interessen, Belange und Bedarfe von lesbisch*en Frauen und Mädchen müssen grundsätzlich verstärkt sichtbar gemacht und mitgedacht werden, um Benachteiligung, Ungleichbehandlung und Diskriminierung entgegenzuwirken. Dies schließt alle Maßnahmen zur Gleichberechtigung aller geschlechtlichen und sexuellen Identitäten mit ein.

7. Der Benachteiligung von Frauen* im Allgemeinen muss entgegengewirkt werden. Dazu sind alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Beseitigung der Geschlechterkluft (Gender-Gap, d.h. der beobachtbare Unterschied zwischen den sozialen Geschlechtern - vorrangig Männern und Frauen) beitragen.

Konkrete Maßnahmen dazu sind:

- a) Aufhebung der Benachteiligung von Frauen* bei Einkommen (gender pay gap) und Renten (gender pension gap), Arbeitszeit, -bedingungen und -plätzen sowie bei der gerechten Verteilung von und Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen (gender budgeting).
- b) Gesellschaftliche Maßnahmen, so dass Care-Arbeit (bspw. Kindererziehung, Pflege kranker Angehöriger etc.) unabhängig von geschlechtlicher Identität staatlich gefördert und unterstützt wird und Benachteiligungen grundsätzlich beseitigt werden
- c) Jegliche Form von Sexismus ist immer eine Diskriminierung auf der Basis des Geschlechts und abzulehnen. Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen und zu unterstützen, die für mehr Respekt und Akzeptanz der Geschlechtervielfalt sorgen.
- d) Alle Menschen haben über ihren Körper selbst zu entscheiden. Bevormundung durch u.a. im Fall von Schwangerschaftsabbrüchen ist nicht zulässig. Den besonderen Bedarfen von Frauen* in der Gesundheitsversorgung ist Rechnung zu tragen.

e) Frauenrechte sind Menschenrechte: Nach wie vor werden in vielen Staaten nicht nur LSBTTI* staatlich verfolgt und diskriminiert, sondern auch Frauenrechte stark beschnitten oder aberkannt. Das Spektrum reicht von Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Rechtlosigkeit, Bevormundung wie Zwangsverheiratung bis hin zur Weiblich*en Genitalverstümmelung. Die Menschenrechte schließen das Recht auf freie Entfaltung der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität ein. Niemand darf deswegen diskriminiert, verfolgt oder angegriffen werden. Daher gilt es insbesondere die Rechte von Frauen und Divers-geschlechtlichen Menschen auch international zu stärken und alle erforderlichen Maßnahmen dahingehend zu ergreifen. Menschenrechte sind unverhandelbar!

8. Es bedarf der vollen Anerkennung von Regenbogen-, Einzeltern- und Mehrelternfamilien und deren umfassende Gleichstellung im Sozialrecht, im Sorge- und Adoptionsrecht, im Abstammungsrecht und beim Recht auf Familiengründung durch Adoption, reproduktionsmedizinische Maßnahmen sowie Pflegschaft für Paare jeglicher Sexualität unabhängig vom Familienstand.



Beratungskompetenz
**Regenbogen
Familie!**



© LSVD Bundesverband

RÜCKBLICK Fachtag Regenbogenkompetenz

Am 12. September 2019 fand in Magdeburg die Fortbildung „Sind nicht alle Familien bunt? - Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“ statt. Teilnehmer waren unter anderem Mitglieder des queer & trans Life Support des LSVD Sachsen Anhalt e.V. sowie die Landskoordinierungsstelle Nord.

Klar wurde hier wie wichtig es ist, dass in der heutigen Zeit das „klassische“ Familienbild zunehmend eine untergeordnete Rolle spielt und Kinder in verschiedensten Familienbildern aufwachsen. Regenbogenfamilien bieten aufwachsenden Kindern oft ein weltoffeneres und toleranteres Bild, welches sie in die Welt der Erwachsenen mitnehmen. Sie stehen aber auch vor dem Problem in Schulen Skepsis oder Ablehnung zu erleben, da sie in Regenbogenfamilien aufwachsen.

Um so ernster ist das Thema, da in der heutigen Zeit mehr den je Anfragen die Beratungsstellen erreichen von queeren Eltern, die Regenbogenfamilien aufbauen wollen oder mit unterschiedlichsten Herausforderungen konfrontiert werden. Dennoch scheuen queere Eltern oft den Weg zu Erziehungsberatungsstellen. Das Modellprojekt „Beratungskompetenz für Regenbogenfamilien“ des LSVD soll gezielt die Beratungskompetenz zu dem Themengebiet schärfen damit der bestehende Bedarf auch abgedeckt werden kann. Daher wurden verschiedenste Fragen beleuchtet, von der rechtlichen Situation der Regenbogenfamilien über Trans*eltern und Kinder bis hin zum Aufwachsen im Alltag einer Regenbogenfamilie.

Tobias Engel

QUEERZEIT

Gab es die QUEERZEIT bislang nur als Print- und Onlinemedium zur Information über aktuelle LSBTTIQ*-spezifische Themen, wird dieses Label nun um ein weiteres Format bereichert. Ab jetzt gibt es in der Video-Reihe QUEERZEIT Gespräche und Interviews zu queer*politischen Themen im Videoformat.



2. FOLGE
IM
NOVEMBER 2019

WEEKLY

Das Titelbild zeigt in der Mitte den amerikanischen Rapper Lil Nas X.

Hallo und herzlich Willkommen zurück zur WEEKLY – eurer queeren Wochenübersicht!

In dieser Monatszusammenfassung der WEEKLY schauen wir uns die Monate Juni, Juli, August, September und Oktober an. Es ist ein Haufen passiert, fangen wir also gleich an!

JUNI

Im Juni hatte Bhutan für die Abschaffung der beiden Strafrechtsparagrafen 213 und 214, die "unnatürlichen" und gleichgeschlechtlichen Sex mit Gefängnisstrafen zwischen einem Monat und einem Jahr ahnden, gestimmt. Es sei ein überholtes Gesetz, das ein Dorn im Auge internationaler Menschenrechtsorganisationen sei, so Finanzminister Lyonpo Namgay Tshering, von dem der Vorschlag der Legalisierung homosexueller Handlungen ausgeht.

Seit Juni können sich nun auch gleichgeschlechtliche Paare trauen lassen – allerdings können Pfarrer*innen, die „Bedenken gegen einen Traugottesdienst für Lesben und Schwule haben“, nicht gegen ihren Willen dazu verpflichtet werden.

JULI

Lil Nas X, ein amerikanischer Rapper, hatte sich im Juli geoutet! Nachdem er immer wieder auf seinen Alben kleine Hinweise gegeben hatte, hatte er sich schlussendlich auf Twitter als schwul geoutet.





© Coca-Cola Ungarn

Werbekampagne von Coca-Cola in Ungarn

Anfang Juli hatten Unbekannte ebenfalls in Berlin das Mahnmal zur Erinnerung der verfolgten Homosexuellen in der NS-Zeit wieder einmal mit schwarzer Farbe beschädigt. In der Vergangenheit gab es Schmierereien wie „HIV“, die immer wieder erneut bewusst machen, dass Deutschland noch lange nicht so queerfreundlich ist, wie es sich immer gibt.

Da Mitte Juli der IDAHOBIT (Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, und Transfeindlichkeit) war, hatte sich IKEA etwas ausgedacht: Die blaue

Kulttasche, die ihr vielleicht von euren IKEA-Einkäufen kennt, wurde in dem Zeitraum in Regenbogenfarben verkauft und 50 Cent jedes Exemplars an Lambda und Queere Bildung e.V. gespendet. Insgesamt 25,000 Euro kamen dabei zusammen, die künftig für pädagogische Projekte von und für queere Jugendliche und junge Erwachsenen genutzt werden sollen.

Interessantes gab es auch aus Frankreich im Sommermonat Juli: Ab 2020 dürfen Männer, die mit anderen Männern schlafen, Blut spenden – vorausgesetzt, sie hatten mindestens vier Monate vor der Blutspende keinen gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr. Nur in sechs europäischen Ländern ist es bisher Männern, die mit anderen Männern schlafen, erlaubt, überhaupt Blut zu spenden.

AUGUST

Die Tänzerin und Schauspielerin Julianne Hough hatte sich im August als nicht hetero geoutet. Lange Zeit wusste auch ihr Mann nicht davon, erklärte sie im Magazin Women's Health, und auch wenn sie nicht hetero sei, so hätte sie sich doch letztendlich dafür entschieden, mit ihm zusammen zu bleiben.

Missmut hatte sich in Ungarn im Sommer breit gemacht: Coca Cola hatte versucht, für ihre Cola Zero mit dem Slogan #LovesLove - „ohne Zucker – ohne Vorurteile“ zu werben. Hierbei wurden mit homo- und hetero-

sexuelle Paare und teils auch dem allseits bekannten Regenbogen geworben, doch das gefiel den Rechtspopulisten in Budapest nicht. "Die homosexuelle Lobby hat Budapest bereits im Griff", kommentierte etwa das rechte Portal "Pesti Srácok" entsetzt.

Eine Brasilianerin machte im August ebenfalls Schlagzeilen: Valentina Sampaio, 22 Jahre alt und Model, ist nun das erste trans Model, das für Victoria's Secret laufen darf. Warum das so besonders ist? Victoria's Secret hatte bislang vehement trans Models von ihrer Marke ausgeschlossen.

Und auch sonst bleibt Brasilien in aller Munde: Die brasilianische Regierung hatte per Verordnung einen staatlichen Unterstützungsfonds für TV-Projekte komplett ausgesetzt, nachdem sich Präsident Jair Bolsonaro öffentlich über mehrere Projekte mit queeren Inhalten empört hatte. Die Unterstützung vierer Projekte mit LSBTIQ-Bezug hatte der extrem queerfeindliche Politiker als „Wegwerfen von Geldern“ bezeichnet.

SEPTEMBER

Seit Anfang September zeigt die amerikanische Künstlerin Wu Tsang im Gropius-Bau in Berlin-Kreuzberg Ergebnisse ihrer filmischen Auseinandersetzung mit Migration und Transgeschlechtlichkeit. Die Ausstellung "There is no nonviolent way to look at somebody" (Es gibt keine nichtgewaltsame Art, jemanden anzusehen) bleibt bis Anfang Januar 2020 in Berlin und thematisiert die Konfrontation des alltäglichen Lebens mit dem Trauma von Flucht und Vertreibung einer trans Frau aus Marokko.

In Bosnien-Herzegowinas Hauptstadt Sarajevo hatten zur selben Zeit um die 2.000 Personen am ersten CSD in Sarajevo teilgenommen. Gefordert wurden Rechte für alle und auch gegen den aktuellen Rechtsruck auf der ganzen Welt wurden Stimmen laut. Die Demonstration wurde dabei von bis zu tausend Polizist*innen geschützt, um queerfeindliche Zwischenfälle zu verhindern.

Mitte September hatte die bisexuelle Opernsängerin Jamie Barton in der Royal Albert Hall eine Regenbogenfahne flattern lassen, während sie für die jährliche Veranstaltung „Last Night of the Proms“ das patriotische Lied „Rule, Britannia!“ sang. Doch dabei blieb es nicht – sie sang außerdem Judy Garlands „Somewhere Over The Rainbow“, während sie ein Kleid in den Farben der Bisexuellen-Flagge trug.

OKTOBER

Im September noch wurden auf dem Münchener Oktoberfest zwei Männer schwulenfeindlich angegriffen. Daraufhin hatte das Oktoberfest an zwei Masten am Festeingang als Zeichen für Toleranz, Respekt und Vielfalt Regenbogenflaggen hissen lassen. Die Begründung, warum sich die Veranstalter*innen dafür einsetzen, erspare ich euch allerdings. Ich bin kein großer Fan davon, queere Person als „abseits vom Mainstream lebend“ zu bezeichnen.

In Kalifornien wurde ein Gesetz verabschiedet, mit dem Bürger*innen der rezeptfreie Zugang zu PrEP und PEP möglich gemacht wird. Damit werden PEP und PrEP wie die

Pille und die Pille danach behandelt. Allerdings müssen Apotheker*innen einen Kurs bei der staatlichen Apothekenbehörde absolvieren, bevor sie die Präparate verkaufen dürfen.

Mit einer Nachrichten aus der Ukraine möchte ich die Rückblende für den Oktober abschließen: Wolodymyr Selenskyj, der neue ukrainische Präsident, hat während einer 14-stündigen Pressekonferenz einem queerfeindlichen Zwischenrufer gekontert (wenn man das wirklich so nennen kann). Übersetzt hatte er ihm geantwortet, dass er „über die Menschen mit der nichttraditionellen Orientierung [...] jetzt nicht schlechtes sagen [will], da wir in einer offenen, freien Gesellschaft leben, wo jeder die Sprache für die Kommunikation und eigene Orientierung frei wählen kann“. Der Zwischenrufer solle „diese Menschen endlich in Ruhe [lassen]“. Wirklich beeindruckt bin ich von Selenskyjs Aussage nicht, da dieselben Vibes wie bei der Aussage der Bayern zum schwulenfeindlichen Vorfall mitschwingen, aber zumindest hatte er den queerfeindlichen Zwischenruf nicht unkommentiert gelassen.

Damit möchte ich mich auch schon wieder verabschieden.

Bis zur nächsten Zusammenfassung,

Min. 



WEEKLY

**WENN IHR UP-TO-DATE BLEIBEN
WOLLTE, FINDET IHR DIE ONLI-
NEVERSION DER WEEKLY UNTER
WWW.LSVD-LSA.DE**

QUEER FILM NACHT

November



Franky und Ballas sind seit Ewigkeiten beste Freunde. Als Stars des Schwimm-Teams sind sie beliebt in der High School und begehrt bei den Mädchen. Ein Teenager-Leben wie aus dem Hollywood-Bilderbuch. Bis sich die beiden in der Nacht von Frankys 17. Geburtstag im betrunkenen Zustand sexuell näher kommen. Plötzlich ist alles anders: Ballas will mit Franky nichts mehr zu tun haben und die Gerüchteküche in der Schule brodeln. Franky erlebt Mobbing und Gewalt, aber auch Solidarität und eine neue Nähe zu seinem Vater, der selbst seit einigen Jahren schwul lebt. Allmählich wird dem Teenager klar, worauf es im Leben wirklich ankommt - und wer er sein möchte.

Der kanadische Regisseur Keith Behrman packt das Chaos des (queeren) Erwachsenwerdens in einen mitreißenden Soundtrack

„EIN AUSSERGEWÖHNLICHER COMING-OF-AGE-FILM FERNAB VON ALLEN KLISCHÉES!“ OBSERVER

JOSH WIGGINS
DARREN MANN
TAYLOR HICKSON

MIT
KYLE MacLACHLAN

UND
MARIA BELLO

GIANT LITTLE ONES

Ein Film von
KEITH BEHRMAN



© Alle Bilder zum Film / Salzgeber & Co. Medien GmbH

und furios choreografierte, leuchtende Bilder. Neben den Newcomern Josh Wiggins und Darren Mann glänzen die Schauspielstars Kyle MacLachlan ("Twin Peaks") und Maria Bello ("Prisoners") in den Nebenrollen. Ein berührender Coming-of-Age-Film über Freundschaft, Selbstfindung und die erste große Liebe.

Quelle: www.queerfilmnacht.de



Hast du Lust "GIANT LITTLE ONES" im Kino auf großer Leinwand zu schauen? In Sachsen-Anhalt läuft die Queerfilmnacht in Halle im Zazie Kino - Bar und in Magdeburg im Studiokino. Die genauen Termine für die beiden Kinos sowie weitere Spielorte in ganz Deutschland findest du auf www.queerfilmnacht.de

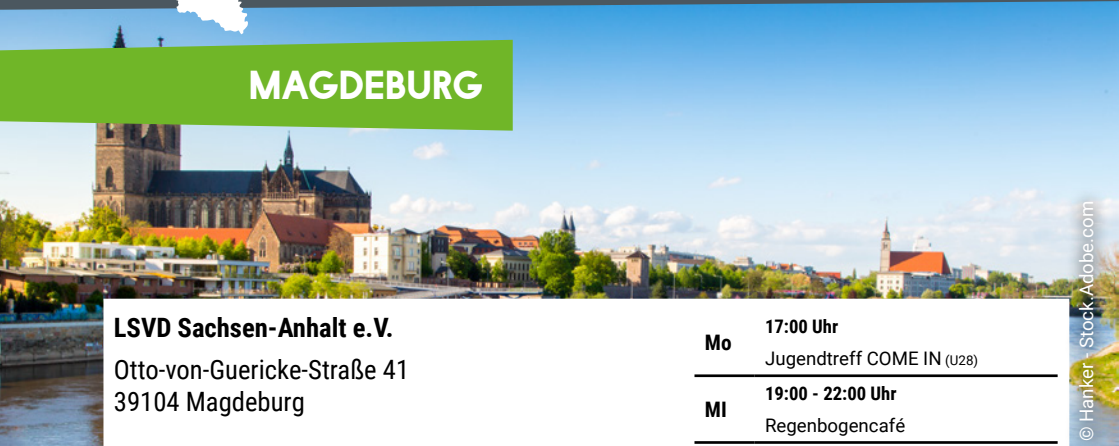




TERMINÜBERSICHT

Regelmäßige Termine

MAGDEBURG



LSVD Sachsen-Anhalt e.V.

Otto-von-Guericke-Straße 41
39104 Magdeburg

www.lsvd-isa.de

Mo	17:00 Uhr Jugendtreff COME IN (U28)
MI	19:00 - 22:00 Uhr Regenbogencafé
Do	20:00 - 22:00 Uhr Persönliche und telefonische Beratung Tel.: (0391) 543 25 69 Überfalltelefon Magdeburg Tel.: (0391) 19 228
Fr	19:00 - 22:00 Uhr Rainbow Connection Meeting Point For Queer Internationals And Friends

AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt Nord e.V.

Am Polderdeich 57
39124 Magdeburg

www.aidshilfesachsenanhaltnord.de

Mo	11:00 - 20:00 Uhr Beratungszeit & Testzeit
Do	11:00 - 20:00 Uhr Beratungszeit & Testzeit
Fr	09:00 - 13:00 Uhr Beratungszeit

Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V.

Karl-Schmidt-Str. 5c
39104 Magdeburg

14:00 - 18:00 Uhr

Beratungsstelle für gleichge-

Do schlechtlich lebende Männer und
Frauen, AIDS-Beratung, Diktaturfol-
genberatung

Ansprechpartner: Dipl. Soz. Arb. (FH)
Hans-Peter Schulze

CSD Magdeburg e.V.

Breiter Weg 20
39104 Magdeburg

www.csdmagdeburg.de

1. Di **17:00 Uhr**
im Monat Pimp your Pride
Plane den CSD Magdeburg mit!

DykeAndGay – LesBiSchwules Referat

Wohnheim 1, Hohefortestr. 40
39106 Magdeburg

www.dykeandgay.de

Mi **19:30 Uhr**
Stammtisch

Letzer
So / Mo- **15:30 Uhr**
nat Cafésatz

Frauenzentrum Courage c/o Volksbad Buckau

Karl-Schmidt-Str. 56
39104 Magdeburg

www.courageimvolksbad.de

Mo **10:00 - 16:00 Uhr**
Öffnungszeit

DI **10:00 - 19:00 Uhr**
Öffnungszeit

MI **14:00 - 19:00 Uhr**
Öffnungszeit

Do **10:00 - 20:00 Uhr**
Öffnungszeit
18:00 Uhr
Beratung für lesbische
Mädchen & Frauen

1. Mo **16:30 - 18:30 Uhr**
Monat Rechtsberatung für Frauen

L-Stammtisch für lesbische & bisexuelle Frauen

für Treffpunkt den QR-Code nutzen



Mo

ab 19:30 Uhr
Treff in jeder geraden Woche
in gemütlicher
Caféatmosphäre

Offene Sportgruppe Magdeburg

www.sportgruppemd.de

Mo

20:00 - 22:00 Uhr
Schwimm- & Saunatreff
Elb-Schwimm-Halle,
Virchowstr. 9

QueerDenken Referat Magdeburg

(c/o StuRa HS Magdeburg)
Breitscheidstraße 2, Haus 11
39114 Magdeburg

Siehe FB Queerer Studierendentreff



THE MEETING POINT FOR
QUEER INTERNATIONALS &
FRIENDS IN MAGDEBURG

Freitags 19-22 Uhr

Regenbogencafé
Otto-von-Guericke-Straße 41
39104 Magdeburg

 rbc.lsvd-lsa.de
 [rbc.md](https://www.facebook.com/rbc.md)

HALLE



AIDS-Hilfe Halle / Sachsen-Anhalt Süd e.V.

Böllberger Weg 189
06110 Halle (Saale)

www.halle.aidshilfe.de
Beratungshotline (0345) 19411
o. 0180 33 19411

Regenbogenbrunch Sa: 11:00 - 14:30 Uhr

Beratungsstelle Mo, Fr: 10:00 - 13:00 Uhr
14:00 - 16:00 Uhr
Di, Do: 14:00 - 22:00 Uhr

Positivtreffen Jeden 2. Mi
18:00 - 20:00 Uhr

HIV- & Syphilis-Schnelltest Jeden 1. & 3. Do
18:00 - 20:00 Uhr

BBZ „lebensart“ e.V. Fachzentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität

Beesener Str. 6
06110 Halle

www.bbz-lebensart.de

Mo 12:00 – 18:00 Uhr
Beratungsstelle für geschlechtlich-sexuelle Identität

18:00 Uhr
Jugendgruppe Queerulanten

Di- Fr **nach Terminvereinbarung**
Beratungsstelle für geschlechtlich-sexuelle Identität

1. Mi im Monat **19:00 Uhr**
Queer + Glauben Halle (Saale)
Laurentius-Gemeinde, Breite Str. 29

2. Di im Monat **19:00 Uhr**
Gruppe: Trans* und Inter*

2 & 4. Fr im Monat **19:00 Uhr**
Treff: Queer Club

3. Fr im Monat **19:00 Uhr**
Karaokeabend

3. Sa im Monat **19:00 Uhr**
Gruppe: Cross-Dreams-Halle

Frauenzentrum Weiberwirtschaft/ Dornrosa e.V.

Karl-Liebknecht-Str. 34
06114 Halle (Saale)

www.dornrosa.de

Di	10:00 - 15:00 Uhr Frauencafé und Galerie
Do	12:00 - 16:00 Uhr Frauencafé und Galerie 19.30 Uhr Miss Klang (Chorproben)
Fr	12:00 - 16:00 Uhr Offenes Café
Jeden 2. Di	18:30 Uhr Lesben Stammtisch Halle
Jeden	15:00 - 17:00 Uhr
2. Mi	Familienrechtsberatung
Jeden	15:00 - 17:00 Uhr
3.Do	Sozialrechtsberatung

Jugendnetzwerk Lambda Mitteldeutschland e.V.

Große Klausstraße 11
06108 Halle (Saale)

www.lambda-mdl.de
Telefon: 0151/50861934 (zu den Bürozeiten)
Bürozeiten: freitags von 15:00 bis 16:30 Uhr

**Queere Jugendgruppe
Wittenberg**
Nachbarschaftstreff Wit-
tenberg West: Dessauer
Straße 255, 06886 Luther-
stadt Wittenberg

2 x Monat Sa:
14:00 -
17:00 Uhr

genauen Termin
siehe Webseite

DESSAU / OSTERBURG

Schwuler Stammtisch Dessau

im Merci, Am Lustgarten 6-8
06844 Dessau

Do 20:00 Uhr

Die Schmiede e.V.

Dorfstraße 31
39606 Osterburg, OT Polkau
<http://www.die-schmiede-ev.de>

**Letzer
So im
Monat** 15:00 - 18:00 Uhr
Treffen für Menschen mit
„anderen sexuellen Orientierungen“

HERAUSGEBER:

Lesben- und Schwulenverband Deutschland
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Otto-von-Guericke-Straße 41
39104 Magdeburg
Tel.: 0391 543 25 69/ Fax: 0391 581 97 62

**COVER:**

Dominic Liebschwager

DRUCK:

WIRmachenDRUCK.de | November 2019

AUFLAGE:

3000

VERTEILUNG:

Agentur Frische Ideen

REDAKTION:

Lesben- und Schwulenverband Deutschland
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Korrekturen und Ergänzungen bitten wir mitzuteilen an:
info@queerzeit.net

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Alle Angaben sind sorgfältig recherchiert. Dennoch erfolgen diese, mit Ausnahme der Veranstaltungen des LSVD, ohne Gewähr. Die Rechte an den Texten liegen beim Herausgeber.

Mit freundlicher Unterstützung des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt.

Anbindung

Haltestelle
Haeckelstr./Museum

 N4 & N5

 4, 6, 8, 10

S-Bahnhof
Hasselbachplatz


 5 min Fußweg

Hauptbahnhof
Magdeburg

 10 min Fußweg



Ständige Veranstaltungen

Otto-von-Guericke-Straße 41 | 39104 Magdeburg
www.lsvd-lsa.de |  LSVDSachsenAnhalt

Montag



Jugendtreff
COME IN (U28)

17-21 Uhr

Mittwoch



Offener Treff
im Regenbogencafé

19-22 Uhr

Donnerstag



Beratung &
Überfalltelefon

20-22 Uhr

Freitag



Rainbow Connection
LSBTI*-Geflüchtetenhilfe

19-22 Uhr



An allen Tagen können sich Bücher aus unserer Bibliothek kostenlos ausgeliehen und diese auch zurückgegeben werden!